

Nidwaldner Zeitung

Montag, 22. Oktober 2018

AZ 6002 Luzern | Nr. 244 | Fr. 3.50 | € 4.- www.nidwaldnerzeitung.ch



Medaillenjagd
Der Bürer Hanspeter Krummenacher und seine Rennhunde geben immer alles. 17

Bundeskanzler soll aufs CVP-Ticket

Bundesrat In Bern herrscht Unmut über das bisherige Kandidatenfeld der CVP. Politiker fordern nun Bundeskanzler Walter Thurnherr zur Kandidatur auf.

Gerhard Pfister will nicht. Der CVP-Präsident hat am Wochenende noch einmal deutlich gemacht, dass er als Kandidat für die Bundesratswahl vom 5. Dezember nicht zur Verfügung steht – obwohl sein Name immer wieder genannt wird. Dem «Sonntagsblick» sagte Pfister gestern, dass er eine allfällige Wahl nicht annehmen würde.

Politiker bringen deshalb zum wiederholten Mal Bundeskanzler Walter Thurnherr als Mann fürs CVP-Ticket ins Spiel. Thurnherr wäre der «ideale Kan-

didat für die CVP», sagt der Aargauer SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner. «Er ist bürgerlich, ein hochintelligenter CVPler, und er weiss, was Führen heisst.»

Unzufriedenheit mit Kandidatenfeld

Der Bundeskanzler gilt seit längerem als Geheimfavorit auf die Nachfolge von Bundesrätin Doris Leuthard. Thurnherr sei ein Name, der hinter den Kulissen immer wieder falle, sagt der Urner CVP-Ständerat Isidor Baumann. Auch der ehemalige SVP-

«Thurnherr weiss, was Führen heisst.»

Ulrich Giezendanner
SVP-Nationalrat (AG)

Fraktionschef Adrian Amstutz sagte gegenüber der «NZZ am Sonntag»: «Thurnherr wäre der beste Bundesratskandidat, den die CVP noch hat.»

Thurnherr selbst hat in der Vergangenheit mehrfach betont, eine Kandidatur komme nicht in Frage. Dennoch glauben bürgerliche Politiker, er könnte bei den Bundesratswahlen plötzlich auf 40 bis 50 Stimmen kommen. Die Frage sei dann, wie Thurnherr darauf reagiere, ob er seinen Verzicht erklären oder die Wahl abwarten würde.

Die Spekulationen um Thurnherr deuten darauf hin, dass einige bürgerliche Bundespolitiker nicht zufrieden sind mit dem bisherigen Kandidatenfeld der CVP. Während bei der FDP mit Karin Keller-Sutter die logische Kandidatin bereitsteht, fehlt diese Zwangsläufigkeit bei der CVP. Bisher haben drei CVP-Politiker ihre Kandidatur bekanntgegeben: die Urner Regierungsrätin Heidi Z'graggen, der Zuger Ständerat Peter Hegglin und die Baseliener Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. (dlw) 7

Kommentar Abdankung ist notwendig

Es dauerte lange, bis der Westen auf die Lügengeschichten, mit denen die Ermordung von Jamal Khashoggi verschleiert werden sollte, reagierte. Dass man sich damit nicht mehr zufriedengeben will und Transparenz verlangt, ist ein Schritt in die richtige Richtung – der aber nicht mehr ausreicht. Es ist an der Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, ob Saudi-Arabien unter der Führung von Mohammed bin Salman, alias MBS, noch strategischer Partner im Nahen Osten sein kann. Auch Donald Trump sollte sich diese Frage stellen.

Seit der impulsive Königssohn die Macht in seinem Land brutal an sich gerissen hat, verursachte er eine Katastrophe nach der anderen: Seit vier Jahren führt er einen mörderischen Krieg im Jemen, die gescheiterte Wirtschaftsblockade gegen Katar ist nur ein weiteres Beispiel. Der Mord an Khashoggi in Istanbul führte nun zum Aufschrei. Er kam nur nicht früher, weil man die Saudis als Handelspartner nicht verprellen wollte.

Es war bemerkenswerterweise die Wirtschaft, die mit Boykott der am Mittwoch in Riad beginnenden Investorenkonferenz zuerst auf die blutigen Mächenschaften des MBS reagierte. Mit einem Auftragsmörder möchten sie keine Geschäfte machen. Die Politik könnte genau an diesem Punkt ansetzen und signalisieren, dass man sich einen anderen Partner in Riad wünscht. Lässt man Gras über die Ermordung Khashoggis wachsen – und diese Gefahr besteht –, dann wird es nicht lange dauern, bis MBS eine neue Katastrophe verursacht. Der Westen sollte daher auf seine Abdankung drängen. Erst dann kann Saudi-Arabien ein strategischer Verbündeter sein, auf den man sich in einer so sensiblen Region wie dem Nahen Osten auch verlassen kann.



Michael Wrase, Beirut
nachrichten@luzernerzeitung.ch

Druck auf saudischen Kronprinzen steigt

Fall Khashoggi Medien berichten über Pläne in Riad, Mohammed bin Salman zu entmachten.

Die Ermordung des saudischen Regimekritikers Jamal Khashoggi zieht immer weitere Kreise. Den Erklärungen aus Riad über den gewaltsamen Tod des Journalisten im saudischen Konsulat in Istanbul werden kaum Glauben geschenkt. Beobachter äussern zudem Zweifel daran, dass ein derartiger Auftragsmord im Ausland ohne das Wissen des mächtigen Kronprinzen Mohammed bin Salman überhaupt durchgeführt werden könnte.

Deshalb gerät der 33-jährige Sohn des greisen Königs Salman in seiner Heimat ins Visier. Um

die Reputation des Landes zu retten, werden in Riad offenbar Pläne geschmiedet, Mohammed bin Salman zu entmachten. Das berichten jedenfalls in der Regel gut informierte Medien. Als Nachfolger wird der jüngere Bruder Mohammed bin Salmans ins Spiel gebracht, Khaled bin Salman. Dieser ist aktuell saudischer Botschafter in Washington.

Unklar ist weiter, was mit der Leiche Khashoggis passiert ist. Die türkischen Behörden suchen in einem Wald bei Istanbul nach den sterblichen Überresten. (dlw) **Kommentar 6. Spalte 6**

In Stans traf sich Jung und Alt von Dorf und Land



Nidwalden Die Älperchilbi zog Tausende Schaulustige in den Hauptort. Der traditionelle Umzug löste Begeisterung aus. Hier strahlen Älpervater Andreas Kayser und Regierungsrätin Karin Kayser (im Zentrum) in die Menge. 19

Bild: André A. Niederberger (Stans, 21. Oktober 2018)

Besondere Woche für Federer

Tennis In Basel starten heute die Swiss Indoors, das Heimturnier von Roger Federer. Der Tennis-Superstar steigt als Topfavorit in den Wettbewerb, den er bereits achtmal gewinnen konnte. Im Interview mit unserer Zeitung erklärt der Weltbürger Federer, was er an der Schweiz besonders mag. «Hier kannst du einfach das Fenster öffnen, und wenn du draussen bist, tief durchatmen, das ist ein herrliches Gefühl», sagt der 37-Jährige. Zudem gibt Federer Einblicke in seinen Alltag und erzählt, wie Leute reagieren, die ihn zufällig beim Bäcker antreffen. (cza) **31/32**

Streit um AKW-Werte

Atomkraft Wie viel Radioaktivität darf bei einem Störfall aus einem Kernkraftwerk austreten? Darüber diskutiert morgen die Umweltkommission des Ständerats. Der Bundesrat will den Grenzwert bei 100 Millisievert festlegen. Diesen vom Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat vorgeschlagenen Wert würden alle Schweizer Atomkraftwerke erfüllen.

Für die Grünen ist dies zu grosszügig. Sie fordern einen Grenzwert von 1 Millisievert. Die Partei droht gar mit einer Initiative, sollte sie sich im Parlament nicht durchsetzen. (dlw) **3**

